

Meine Damen und Herren, wir sind übereingekommen, dass der Tagesordnungspunkt 7 im März behandelt wird.

Deswegen rufe ich jetzt die **Tagesordnungspunkte 8 und 9** vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Abschließende Beratung:

**Für gute Arbeitsbedingungen auf Europas Flughäfen - Lohndumping verhindern!** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/4358 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien - Drs. 16/4436

Erste (und abschließende) Beratung:

**EU-Richtlinie über Bodenabfertigungsdienste darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen und sozialen Verwerfungen führen** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/4452

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien empfiehlt Ihnen zu Tagesordnungspunkt 8, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Zu dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 8 hat sich die Abgeordnete Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön!

**Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Bei unserem Antrag, der laut Beschlussempfehlung abgelehnt werden soll, handelt es sich konkret um die Aufforderung an das Parlament und die Regierung, weiterhin mit Nachdruck der Drucksache 824 der EU-Kommission, dem Verordnungsentwurf über Bodenabfertigungsdienste an europäischen Flughäfen, eine ganz klare Absage zu erteilen, wie es bisher in den einzelnen Ausschüssen des Bundesrats geschehen ist. Diese Aufforderung entspricht den Wünschen der Betreiber der Flughäfen, der Gewerkschaften und der Beschäftigten.

Worum genau geht es in dieser EU-Verordnung, die wir gemeinsam ablehnen wollten? - Es geht in erster Linie um eine weitere Liberalisierung und Deregulierung der Dienstleistungen an unseren Flughäfen. Flughäfen - wie der in Hannover - mit mehr als 5 Millionen Fluggästen bzw. mehr als 100 000 Tonnen Fracht im Jahr sollen mindestens ein weiteres Abfertigungsunternehmen als Dienstleister zulassen müssen. Bislang war diese Anzahl

auf zwei Dienstleister begrenzt, und nur einer von ihnen darf von den Flughafengesellschaften beherrscht werden. Aber bereits die bisherige Marktöffnung hat zu Verwerfungen geführt. So sind die realen Löhne in den Bodenabfertigungsdiensten bisher um 20 % gesunken. Es kam zu einer starken Ausweitung der Leiharbeit, und die Mitarbeiterqualifizierung hat gelitten. Von daher lehnen wir diesen Verordnungsentwurf mit Entschiedenheit ab.

(Beifall bei der SPD)

Es kann und darf nicht sein, dass die Marktmacht der Fluggesellschaften immer weiter zur Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der hart arbeitenden Menschen führt. Viele Anbieter haben keine Tarifverträge abgeschlossen, sodass die Löhne bereits heute zwischen 7,60 Euro und 8,70 Euro schwanken. Wissen Sie, was es bedeutet, 7,60 Euro in der Stunde zu verdienen? - Das sind 304 Euro in der Woche und 1 216 Euro brutto im Monat. Meine Damen und Herren, diese Löhne sind heute schon Realität. Wie soll man davon eine Familie ernähren? Können Sie sich das etwa vorstellen? Ein Mindestlohn - eines der Lieblingsworte von Herrn Rickert - wurde für diese Branche nie vereinbart. Bei Kolleginnen und Kollegen, die nach TVöD bezahlt werden, beträgt die Spanne auch nur zwischen 9 und 14 Euro. Weitere Anbieter würden einen Wettbewerb nach unten weiter beschleunigen, und es können sich Unternehmen mit Dumpinglöhnen um die Aufträge bewerben. Dabei müssen manche der heute Beschäftigten schon ergänzende Leistungen beantragen. Wir wollen das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns alle über die Möglichkeit, in die Welt reisen zu können. Aber dies darf nicht auf Kosten der Sicherheit und auf Kosten der Beschäftigten an den Flughäfen geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Wer hier im Landtag von Terrorismusbekämpfung redet, muss wissen, dass genau auch dieser Bereich sicherheitsrelevant ist und nicht nur von harter Arbeit, sondern auch von hoher Verantwortung geprägt ist. Kolleginnen und Kollegen, was sind uns eigentlich Sicherheit und Qualität wert? - Unsere Flughäfen sind die sichersten der Welt. Wir wollen vor allem, dass es so bleibt. Auf unserem Flughafen in Hannover sind 1 000 Menschen im Bodendienst - vom Check-up bis zur Betankung

und Gepäckverladung - beschäftigt. Alles muss stimmen. Kleinste Fehler bei der Verladung könnten gravierende Folgen haben. Trotzdem erhalten nur noch drei Viertel von ihnen Tariflöhne. Das ist ganz schlimm.

(Beifall bei der SPD)

Einer weiteren Verschlechterung dieser Quote zuzustimmen, macht überhaupt keinen Sinn. Wir wollen, dass die Menschen von ihrer Arbeit anständig leben können. Ebenso sind wir ausdrücklich gegen die Ausweitung der Leiharbeit.

(Beifall bei der SPD)

Aus den genannten Gründen, Kolleginnen und Kollegen, können wir dem nachgeschobenen Antrag von CDU und FDP nicht zustimmen. Unter dem letzten Spiegelstrich fordern Sie die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen - ich zitiere wörtlich -, „den Bereich der Bodenverkehrsdienste nur in angemessenem Maße zu öffnen“. Was soll denn das heißen? Was ist denn „ein bisschen öffnen“ oder „ein bisschen nicht“?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich für unseren Komfort krummlegt und unser Gepäck tagtäglich unter hohem körperlichen Einsatz zigfach verladen muss, der darf am Ende nicht auf staatliche Zuschüsse angewiesen sein. Daher setzen wir uns dafür ein: Erstens. Der Wettbewerb der Airlines darf nicht weiter auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen werden. Zweitens wollen wir keine Verschlechterung der Sicherheit auf unseren Flughäfen. Drittens wollen wir - wie immer - gerechten Lohn für gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Daher bitte ich Sie: Stimmen Sie mit Ihrem Wirtschaftsministerium und mit der Mehrzahl der Bundesländer! Lehnen Sie von CDU und FDP Ihren eigenen Antrag ab und stimmen Sie unserem Antrag zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Dieter Möhrmann:**

Meine Damen und Herren, in der Reihenfolge der Wortmeldungen ist jetzt der Kollege Rickert von der FDP-Fraktion dran.

#### **Klaus Rickert (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1996 hat es Bemühungen um Libera-

lisierungen des Marktes für Bodenabfertigungsdienste gegeben. Diese Anstrengungen waren erfolgreich. Es konnten Preissenkungen für die Luftverkehrsbetriebe erzielt werden. Damit wird deutlich, dass Marktöffnung und Wettbewerb durchaus ein Erfolgsrezept sein können.

(Beifall bei der FDP)

Die EU-Kommission plant, mit einer Verordnung diesen Wettbewerb auszudehnen, indem die Hinzunahme weiterer Anbieter für Bodenabfertigungsdienste vorgeschrieben werden soll, und zwar für Flughäfen u. a. mit mehr als 5 Millionen Passagieren jährlich. Das würde also auch Langenhagen betreffen.

Dagegen wehren sich sowohl Betreiber als auch Arbeitnehmer. Es bleibt im konkreten Fall also festzuhalten, dass sich die Tarifvertragsparteien hier einig sind, auch wenn die Dienstleistungen nachfragenden Luftverkehrsgesellschaften auf verstärkten Wettbewerb setzen und damit dieser Verordnung positiv gegenüberstehen. Gegenwärtig ist es allerdings so, dass die Bodenabfertigungsdienste keine Gewinne erwirtschaften. Da sämtliche Optimierungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, kann die vorgegebene Ausweitung nur zulasten der Arbeitsbedingungen einschließlich der Entlohnung gehen, Herr Schminke.

Ebenfalls ist zu befürchten, dass damit die Qualität der Dienstleistungen für die Passagiere verloren geht. Das Thema Sicherheit hat Frau Emmerich-Kopatsch eben angesprochen.

#### **(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz übernimmt den Vorsitz)**

Der Komfort für die Passagiere könnte in Mitleidenschaft gezogen werden. Ein Wettbewerb auf dem Rücken der Passagiere könnte zu Standortnachteilen des jeweiligen Flughafens führen. Das betrifft wiederum Langenhagen.

Ziel unseres Antrages ist nicht die Verhinderung von Wettbewerb, sondern die Beeinflussung von Rahmenbedingungen zur Verhinderung von Verdrängung mit Qualitätseinbußen und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

(Zuruf von der SPD: Genau das Gegenteil ist der Fall)

Ein unkontrollierter Wettbewerb könnte zu Monopolstrukturen führen. Das kann auch nicht im Sinne von sozialer Marktwirtschaft sein. Politik hat mit entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass das so nicht passiert.

(Beifall bei der FDP - Daniela Behrens  
[SPD]: Dann stimmen Sie doch unse-  
rem Antrag zu!)

Wir haben im Ausschuss klargestellt, dass sich sowohl die Landesregierung als auch die Fraktionen im Kernanliegen einig sind.

(Daniela Behrens [SPD]: Aber?)

Das Ziel ist es, den Vorstoß der EU-Kommission zur weiteren Marktöffnung abzulehnen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Aber nicht so doll, oder?)

Im Antrag der SPD steht noch etwas mehr, und zwar nicht nur mein Lieblingswort „Mindestlohn“, sondern auch „Dumping“ etc. Um diese Diskussion um das verständliche Anliegen nicht zu stören, habe ich im Ausschuss vorgeschlagen, auf diese ideologischen Darstellungen zu verzichten. Das aber wollten Sie nicht. Insofern können wir Ihren Antrag nur ablehnen und den Antrag von CDU und FDP im Ausschuss weiter beraten. Mit diesem Antrag wollen wir die Landesregierung bei ihren Bemühungen unterstützen, gemeinsam mit den anderen Bundesländern im Bundesrat Einfluss auf die Entwicklung der EU-Richtlinie zu nehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Ronald Schminke [SPD])

**Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Frau Kollegin Polat hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet. Sie haben jetzt das Wort.

**Filiz Polat (GRÜNE):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie dem Datum des Antrags der SPD-Fraktion entnehmen können, stammt er aus dem Januar. Das Flughafenpaket wurde von der Europäischen Kommission am 1. Dezember 2011 vorgelegt. Wir haben hier aufgrund der Initiative der Fraktion der SPD die Möglichkeit, sehr schnell zu reagieren und Stellung zu nehmen. Auch der Kollege Herr Dr. Matthiesen hatte eine Anfrage gestellt. Wie Sie sehen, sind wir noch im Februar, und wir haben als Fraktionen relativ schnell versucht, eine Initiative in Richtung Europa zu starten.

Leider hat es nicht geklappt, eine gemeinsame Initiative hinzubekommen. Herr Rickert, das Bemühen war ja da. Sowohl die SPD-Fraktion als auch ich als Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen haben natürlich gesagt, dass das ein sehr wichtiger Verordnungsentwurf zur Revision der Richtlinie über die Bodenabfertigungsdienste ist. Wenn wir im Kern alle das gleiche Anliegen haben, sollte es doch möglich sein, hier eine gemeinsame Initiative hinzubekommen. Aber leider ist das gescheitert. Ich weiß nicht, ob es Sinn macht, diesen Antrag noch einmal in den Ausschüssen zu diskutieren;

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:  
Nein, auf keinen Fall!)

denn wir haben gehört, dass sich im Verkehrsausschuss 16 Bundesländer gegen die Revision ausgesprochen haben und im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates 15. Der Bundestag hat in der vorletzten Woche, am 9. Februar, hierzu einen interfraktionellen Antrag verabschiedet, Herr Dr. Matthiesen. Es ist wirklich schade, dass wir das hier nicht hinbekommen haben.

Ich weiß nicht, ob Sie mit Ihrem Antrag wirklich zufrieden sind;

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Gute Frage!)

denn die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums im Ausschuss für Europaangelegenheiten war in dem Punkt viel deutlicher.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Allerdings!)

Darin war nämlich die Haltung zu der Revision kritisch bis ablehnend, während Sie im dritten Punkt Ihres Antrages jetzt auf einmal von einer angemessenen Öffnung sprechen. Ich bin darüber irritiert und habe die Befürchtung, dass dadurch der Prozess noch einmal geöffnet werden könnte, weil alle 16 Bundesländer gesagt haben, dass sie keine weitere Marktöffnung und - im Gegenteil - noch nicht einmal eine Revision der Richtlinie wollen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission zielt bekanntlich darauf ab, den Rechtsrahmen von einer Richtlinie zu einer Verordnung zu wechseln. Wir haben Ihrer Fraktion vorgeschlagen, sich hierzu kritisch zu äußern.

Außerdem haben wir den Aspekt eingebracht, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Verordnung über Bodenabfertigungsdienste auf Flugplätzen, die auf Bundesebene erlassen wird, entsprechend verändert wird und deren Umsetzung sichergestellt wird, was Lohndumping und Leiharbeit betrifft. Von daher würde mich wirklich interessieren, ob Sie - insbesondere mit dem Punkt

3 - zufrieden sind. Ich sehe die Gefahr, dass Sie das konterkarieren, was wir in den Ausschüssen einmütig erklärt haben, und bitte darum, direkte Abstimmung zu beantragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Herr Dr. Matthiesen, Sie haben jetzt für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön!

**Dr. Max Matthiesen (CDU):**

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend gesagt, hat die EU-Bodenverkehrsleistungsrichtlinie aus dem Jahr 1996 schon einmal eine Marktöffnung mit Preissenkungen um bis zu 30 % gebracht. Das ist mit deutlichen Lohnsenkungen bei den Flughafenbodenabfertigungsdiensten verbunden gewesen, wie unsere Kollegin Frau Emmerich-Kopatsch gerade näher ausgeführt hat. Die Arbeitsbedingungen haben sich zum Teil verschlechtert, Leih- und Teilzeitarbeit haben deutlich zugenommen.

Nun haben wir es mit dem sogenannten Flughafenpaket der EU-Kommission vom 1. Dezember letzten Jahres zu tun. Dieses Paket will erreichen, dass an die Stelle der Richtlinie eine Verordnung der Europäischen Union tritt, die eine starke weitere Marktöffnung bringen soll.

Es ist richtig, dass unser Verkehrsflughafen Hannover-Langenhagen mit über 5 Millionen Passagieren sehr stark betroffen ist; denn die Selbstabfertigung der Fluggesellschaften soll vollständig freigegeben werden. Wie wir gehört haben, soll die Zahl der Dienstleister auf mindestens drei erhöht werden. Das ist deswegen problematisch, weil schon jetzt an der Kante gefahren wird. Führende Drittabfertiger machen schon jetzt keine Gewinne mehr - so der Aviapartner des Flughafens Hannover. Unser eigenes Wirtschaftsministerium hat in der Sitzung des Europaausschusses Mitte Januar selbst ausgeführt, dass die Möglichkeiten der Prozessoptimierung weitgehend ausgeschöpft sind. Das bedeutet, dass der zu verteilende Kuchen bei steigender Zahl von Mitbewerbern konstant bleibt. Das würde unbestritten zu einem zusätzlichen Preisdruck führen und weitere Lohnsenkungen auslösen.

Richtig ist, dass wir hier ein sehr personalintensives Geschäft haben. Auf dem Flughafen Hannover sind allein 1 000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit den Bodenabfertigungsdiensten verbunden. Das ist für den Flughafen eine große Schwierigkeit;

er ist nämlich Infrastrukturmanager mit zusätzlichen Verpflichtungen für die Funktionsfähigkeit des Systems, für das er gesamtverantwortlich ist. Er bekommt dann aber weniger Einfluss und weniger Selbstbestimmung. Das kann nicht funktionieren.

Deswegen sind auch wir, CDU und FDP, der Meinung, dass die Auswirkungen des Vorschlags der EU-Kommission nicht hingenommen werden können. Wir wollen negative Auswirkungen auf die Löhne der Arbeitnehmer, auf ihre Qualifizierung und die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze verhindern. Wir wollen natürlich sozialversicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze erhalten. Hinzu kommt, dass die Bodenabfertigung auf den deutschen Flughäfen - auch in Hannover-Langenhagen - sehr gut funktioniert, zuverlässig und sicher ist. Deswegen darf kein erneuter Eingriff durch die Europäische Union erfolgen!

**Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Herr Dr. Matthiesen, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Polat?

**Dr. Max Matthiesen (CDU):**

Ja, gern.

**Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Bitte, Frau Polat!

**Filiz Polat (GRÜNE):**

Herr Dr. Matthiesen, mich würde vor dem Hintergrund dessen, was Sie eben ausgeführt haben, Folgendes interessieren: An welcher Stelle sind Sie denn für eine weitere Marktöffnung?

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Bitte sehr, Herr Matthiesen!

**Dr. Max Matthiesen (CDU):**

Das ist lieb von Ihnen, Frau Kollegin Polat. Ich wollte gerade darauf zu sprechen kommen, dass wir dafür nicht sind. Über diese Eckpunkte sind wir, CDU, FDP, SPD und GRÜNE uns, wie Kollege Klaus Rickert gerade gesagt hat, einig. Das können Sie auch am Entschließungsantrag von CDU und FDP ablesen, der die ausdrückliche Bitte an die Landesregierung enthält, weiterhin gemeinsam mit den betroffenen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Niedersachsen abgestimmt gegen die nächste Stufe der Marktöffnung vorzugehen. Das

steht ausdrücklich darin. Sie haben allerdings recht: Es gibt noch einen dritten Absatz, in dem etwas von „angemessener Öffnung“ drin steht. Das aber ist im Lichte des Satzes zu sehen, den ich gerade genannt habe.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Netter Versuch, Herr Matthiesen!)

Sie wissen ja, wie Anträge geschrieben werden.

Um das Gesagte abzurunden: Nach Bekanntwerden der Vorschläge der EU-Kommission sind wir gemeinsam vorgegangen. Wir haben eine Unter- richtung zu diesem Thema im Europaausschuss beantragt. Das Wirtschaftsministerium hat auf dieser Basis alles unternommen und das von uns gewollte Abstimmungsverhalten im Bundesrat an den Tag gelegt. Es haben alle 16 Länder im Ver- kehrsausschuss des Bundesrates gegen die wei- tere Marktöffnung gestimmt. Das ist sogar auch im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates gesche- hen, nur bei Enthaltung von Berlin.

In dem Antrag, den CDU und FDP vorgelegt ha- ben, steht, dass CDU und FDP diese klare Linie der Landesregierung und deren Aktivitäten sehr begrüßen. Genau dieser Passus aber fehlt leider im SPD-Antrag, was wir nicht zulassen können. Deshalb schlagen wir unseren Antrag zur Abstim- mung vor. In ihm steht u. a., dass wir gemeinsam mit der Bundesregierung, mit Europaabgeordneten und den Sozialpartnern am Ball bleiben, damit diese EU-Maßnahme endgültig abgelehnt wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb sind wir der Meinung, dass Sie unserem Antrag gut zustimmen könnten; denn dann hätten wir heute ein Ergebnis. Die Unterschiede sind kre- ativ-marginal. Das Wesentliche aber wird von uns gemeinsam getragen. Also stimmen Sie unserem Antrag zu. Ich beantrage hiermit ganz so, wie Sie es wollen, liebe Frau Kollegin Polat, sofortige Ab- stimmung.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### **Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Zu dem Beitrag von Herrn Dr. Matthiesen hat sich Frau Emmerich-Kopatsch zu einer Kurzintervention gemeldet. Sie haben das Wort für anderthalb Minu- ten.

#### **Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Sehr geehrter Herr Dr. Matthiesen, ich glaube Ih- nen, und ich weiß auch, dass Sie es ernst meinen und tatsächlich gegen die Verabschiedung dieser Richtlinie sind. Trotzdem haben Sie sich eben ganz elegant drum herum gewunden, als Frau Kollegin Polat gefragt hat, was denn der Satz „Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, den Bereich der Bodenverkehrsdienste nur in ange- messenem Maße zu öffnen“ heißt. Wir sagen: Gar nicht mehr öffnen. Schluss! Aus! - Das haben auch Sie gesagt. Was ist denn in Wirklichkeit passiert? - Herr Rickert hat es nicht richtig dargestellt. Er woll- te keine Gewerkschaftslyrik, und wir wollten im Antrag keine Neoliberalismusprosa haben. Des- wegen gibt es keinen gemeinsamen Antrag. Geht es jetzt um Anträge? Geht es um Sprache oder darum, die Beschäftigten vor weiteren Nachwir- kungen von EU-Verordnungen zu schützen? - Wir müssen uns darum kümmern, dass es den Leuten gut geht. Hier geht es doch nicht um Sprache. Stimmen Sie also unserem Antrag zu! Wir öffnen nicht.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Als Nächste hat sich Frau Flauger von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet.

#### **Kreszentia Flauger (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Entwurf der EU-Verordnung sieht vor, dass noch mehr externe Abfertigungsunternehmen an den Flughäfen eingesetzt werden können. Damit würde sich die Konkurrenz um den gleich groß bleibenden Kuchen noch weiter verschärfen, und in der Folge würde das Ausmaß von Lohndumping und Leiharbeit auf den Flughäfen noch weiter zuneh- men. Diese Aussicht scheint selbst die CDU zu schrecken. Ich zitiere den CDU-Staatsminister Michael Boddenberg aus Hessen aus dem Bun- desratsprotokoll vom 10. Februar:

„Vor dem Hintergrund der aufgeführ- ten Punkte wäre eine andere Position als eine eindeutige Ablehnung des Verordnungsentwurfs der EU-Kom- mission unverantwortlich.“

Recht hat er. Was aber machen CDU und FDP hier? - Da ist nichts mit „eindeutig“. Sie werfen hier Wattebäuschchen in den parlamentarischen Raum: mit der Bundesregierung in Kontakt bleiben, Kontakt mit den Abgeordneten des Europaparla-

ments aus Niedersachsen pflegen, in angemessenem Maße öffnen. - Was Sie öffnen wollen - wenn überhaupt oder so -, scheinen Sie aber nicht so genau zu wissen. Meine Damen und Herren, das ist kein ernst zu nehmender Antrag. Auf diesen Antrag kann ich überhaupt nicht sinnvoll eingehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eines will ich zu beiden Anträgen generell sagen: Alles, was hier gefordert wird, sind nur Reparaturmaßnahmen an einem maroden Prinzip, dessen Folgen sich nun konkret an den Flughäfen zeigen.

Die Verfasstheit der Europäischen Union, die Sie alle mit dem Lissabon-Vertrag abgesegnet haben, sieht nun einmal eine einseitige Ausrichtung auf Wettbewerb vor. Alle wissen, dass dieser Wettbewerb in lohnintensiven Branchen über Lohndumping auf dem Rücken der Menschen ausgetragen wird, wenn man dem keine Schutzmaßnahmen entgegensetzt. Das haben Sie alle nicht getan. Die Linke hat dagegen immer klar gefordert, dass soziale Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben müssen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Liebe SPD, wir stimmen Ihrem Antrag zu. Ich möchte aber auch klar sagen: Sie haben mit Ihrer Agenda-2010-Politik das Lohndumping und die Leiharbeit, die Sie jetzt in Ihrem Antrag beklagen, erst möglich gemacht und gewollt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Bevor Sie sich auf der rechten Seite des Hauses zu doll freuen - ich glaube, im Moment hören Sie gar nicht zu -, will ich Ihnen sagen: An Ihnen arbeite ich mich zu diesem Thema nicht mehr ab; denn es hat keinen Zweck. Sie hätten am liebsten alles noch schlimmer gehabt. Deshalb äußern Sie sich an dieser Stelle am besten überhaupt nicht dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe SPD, unter Ihrem Kanzler Schröder wurde die Leiharbeit massiv gefördert. Sie haben das Synchronisationsverbot abgeschafft. Sie haben die Kampfkraft der Gewerkschaften mit dem Damoklesschwert von Hartz IV geschwächt. Ihr Ex-Kanzler hat 2005 stolz gesagt: Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. - Gut, dass sich wenigstens die Linke diesem Wahnsinn entgegenstellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss will ich Hubertus Heil aus einem Gastbeitrag in der *Frankfurter Rundschau* vom 17. Februar zitieren: Wasser sucht sich seinen Weg. Wie es den Anschein hat, Lohndrückerei auch.

Liebe SPD, das ist richtig. Aber Sie haben fleißig Löcher in den Gesetzesdeich gebuddelt. Jetzt dürfen Sie sich über die Flut an Lohndrückerei und Leiharbeitexzessen, die dann durchbricht, nicht wundern und dürfen diese Flut auch nicht beklagen; zumindest nicht, ohne auch die eigene Mitverantwortung am Dambruch wenigstens einzuräumen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:**

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht mehr vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 8.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/4358 ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung gefolgt worden.

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben für ihren Antrag in Drs. 16/4452 beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Der Landtag kann dies nach § 39 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung beschließen, sofern nicht gemäß § 27 Abs. 2 Satz 1 GO mindestens 30 Mitglieder des Landtags für eine Überweisung des Antrags an einen oder mehrere Ausschüsse stimmen. Ich frage zunächst, ob Ausschussüberweisung beantragt wird. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über diesen Antrag befinden. Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist so entschieden worden.